

Kurzanalyse

2 / August 2021



Österreichisches Institut für Internationale Politik
Austrian Institute for International Affairs

Chinas außenpolitische Prioritäten post-COVID und sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa

Thomas Eder



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung

Zusammenfassung

Das durch die wirtschaftlichen Reformen seit 1978 erstarkte China geht im letzten Jahrzehnt auch außenpolitisch zunehmend in die Offensive. Aus Sicht Beijings hat China sowohl die Finanzkrise 2008 als auch die COVID-Krise 2020 besser gemeistert als der Westen und hat ein historisches Fenster der Möglichkeiten, seine Macht global auszudehnen. Die Kurzanalyse untersucht, wie sich Chinas aktuelle außenpolitische Prioritäten auf Europas Sicherheit auswirken und gibt Handlungsempfehlungen.

Keywords:

China, Außenpolitik, Asien, Sicherheit, Europa

Autor

Dr. Thomas Eder ist Affiliated Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip). Außerdem ist er Gastforscher an der Universität Wien (Sinologie) und Principal Researcher bei einem Projekt der Europäischen Kommission (DG ENER) zu EU-China Energiebeziehungen. Er hat ein Doktorat (Abteilung für Internationales Recht und Internationale Beziehungen) und einen MA (Sinologie) an der Universität Wien, sowie einen LL.M. (Chinesisches Recht) an der Universität Hongkong erworben. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Chinas Außen- und Sicherheitspolitik, China und Völkerrecht, und europäische China-Politik.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Währinger Straße 3/12, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2021

Einleitung

Die wirtschaftlichen Reformen der Volksrepublik China seit 1978, das rasante Wachstum und die damit einhergehend gestiegene politische Bedeutung des Landes, haben die globale Politik geprägt wie kaum eine andere Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Für die ersten dreißig Jahre der Reformperiode ordnete Beijing alle Anstrengungen dem wirtschaftlichen Erfolg unter. Mit der Außenpolitik sollten möglichst ideale Bedingungen für Chinas Wirtschaft geschaffen und jegliche Konflikte vermieden werden. Die strategische Richtlinie des früheren Oberbefehlshabers Deng Xiaoping lautete „verstecke deine Fähigkeiten, und warte ab“ – Zurückhaltung und Kompromiss standen im Vordergrund (Brookings 2019).

Seit 2008 entwickelte China im Gefolge von nunmehr zwei globalen Krisen ein neues Selbstbewusstsein und eine offensivere Außenpolitik, die sich auf die neuen Kapazitäten stützt. Der Blick der chinesischen Führung auf die Wirtschaftskrise 2008/2009 und die Corona-Krise 2020/2021 weist hierbei klare Parallelen auf: aus Sicht Beijings hat sich das chinesische System zwei Mal als überlegen erwiesen und nach beiden Krisen hat sich das globale Machtverhältnis zu Chinas Gunsten verschoben. China hat schneller wieder zu Wachstum und Stabilität zurückgefunden als die demokratischen Marktwirtschaften des Westens (Brookings 2019; NYT 2020a; SWP 2021).

Nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 leitete der damalige Generalsekretär Hu Jintao eine Wende in der chinesischen Außenpolitik ein. Er erklärte, dass „China nun ´aktiv etwas erreichen´ und seine Fähigkeiten nicht mehr verstecken solle“ (Brookings 2019). Hinter dem außenpolitischen Schwenk stand die Neubewertung von Chinas Möglichkeiten. Als einzige große Volkswirtschaft, die ohne Rezession durch die Krisenjahre kam, wagte China zunächst außenwirtschaftspolitisch mehr. Beijing war erstmals bereit Milliardenbeträge in ungekannter Höhe, und oft unter großem Risiko, zu investieren, um sich

günstige Deals zu sichern, von Rohstoffen bis Infrastruktur. Unter Xi Jinping, der 2012 auf Hu nachfolgte, ging China gar bei Gebietsansprüchen in die Offensive und vertrieb etwa die Philippinen von der Lagune um den unbewohnten Felsen Scarborough Shoal. Bevor China den Zugang sperrte, gingen dort traditionell Fischer beider Staaten ihrer Tätigkeit nach. Vor allem seit 2014 investierte China auch in den Bau von mehreren künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer. Schließlich begann China auch immer stärker „chinesische Lösungen“, also das eigene politische und wirtschaftliche Modell im Ausland anzupreisen, sowie neue globale Ordnungsvorstellungen vorzutragen.

Die globale Covid-19 Pandemie könnte einen zweiten Wendepunkt markieren, nach dem sich der Trend zur außenpolitischen Offensive noch verstärkt. Wiederum ist zu erwarten, dass Staaten in Finanzierungsnot geraten, zentrale Assets günstig anbieten und China international investiert. Demnach steht außenwirtschaftspolitisch eine neue Welle an Aktivität, nun unter dem gemeinsamen Dach der „Belt and Road Initiative“ (auch „Neue Seidenstraße“) bevor, während China seinen Blick erneut auf kritische Infrastruktur, aber nun auch auf Schwerindustrie und Hochtechnologie richtet. Noch offen ist, ob die neue außenpolitische Offensive auch erneut ein stärkeres Unterstreichen von Gebietsansprüchen miteinschließen wird. Jedenfalls wurde bereits öffentlich, dass China, mit in Bhutan umstrittenen Gebieten im Himalaya, dem Bau von künstlichen neuen Dörfern begonnen hat, die ähnlich den künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer Chinas Ansprüchen Gewicht verleihen sollen (NYT 2020b). Dies ist auch deswegen brisant, weil Indien seinen angrenzenden schmalen Shiliguri-Korridor zum Nordosten des Landes strategisch bedroht sieht. Weiter westlich in Ladakh kam es 2020 sogar zu einem tödlichen Zusammenstoß zwischen der chinesischen und indischen Armee (BBC 2020).

1) Kerninteressen der chinesischen Außenpolitik – Was sind Chinas Prioritäten?

Um die aktuellen außenpolitischen Prioritäten Chinas zu verstehen, müssen Chinas übergeordnete Ziele und Kerninteressen hinter seiner Außenpolitik mitgedacht werden. Bedeutsam ist, dass China kurz- bis mittelfristig ein Fenster der Möglichkeiten für seine Machtentfaltung sieht, während man den Westen als im Abstieg begriffen wahrnimmt. Für die internationale Ordnung strebt Beijing dabei zunächst nach Multipolarität und nach einem Ende der US-Hegemonie. Bis 2049, dem 100-jährigen Bestehen der Volksrepublik, will China selbst zur Supermacht aufsteigen (FT 2019).

Als Leitlinien für Chinas Außenpolitik auf dem Weg zu diesem „Jahrhundertziel“ hat die chinesische Führung selbst drei „unverletzliche“ und „unzerstörbare“ Kerninteressen definiert: a) den Erhalt der Führungsrolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), b) den Erhalt der territorialen Integrität, c) die Schaffung der Voraussetzungen für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung (Schmidt und Heilmann 2012). Wichtig zu verstehen ist, dass die Partei ihren alleinigen Führungsanspruch durch die Gewährleistung von Stabilität, Wohlstand, aber auch außenpolitischer Stärke, legitimiert. Demnach steht die KPCh unter Zugzwang. Zur Gewährleistung ihrer Führungsrolle sieht sie sich dazu verpflichtet, die Interessen Chinas im Ausland zu aktiver zu vertreten, Kritik entschieden entgegenzutreten, sowie auf der internationalen Bühne Prestige und Anerkennung für China zu suchen.

In allen drei Kerninteressen sieht sich die chinesische Führung von den USA, bzw. den von den USA vertretenen liberalen demokratischen Werten bedroht. Das Bemühen, die Hegemonialmacht der USA zu untergraben sowie die internationale Ordnung nach chinesischen Interessen zu beeinflussen, bilden deshalb den Rahmen für Chinas auswärtiges Handeln.

Der 14. Fünf-Jahres-Plan (2021-2025) – Selbstbewusstsein und Kontinuität

Bezüglich aktueller Prioritäten Chinas, zeigt der im März 2021 verabschiedete 14. Fünf-Jahres-Plan klar auf (State Council 2021a), dass Beijing die außenpolitische Offensive noch weiter verstärken will. Dabei wird in drei Kapiteln vor allem betont, dass die heimische Wirtschaft weiter geöffnet werden soll, die Belt and Road Initiative (BRI) weiter vorangetrieben werden soll, und China noch aktiver internationale Regelwerke und Institutionen nach seinen Vorstellungen beeinflussen soll. Schon Chinas Weißbuch zur Außenpolitik 2019 hatte auch in dieser Hinsicht ein historisches Fenster der Möglichkeiten ausgemacht, im Angesicht eines geschwächten Westens globale Strukturen zu Chinas Gunsten zu verändern (State Council 2019a).

Die Belt and Road Initiative – Wachstum und Prestige

Xi Jinpings zentrales außenpolitisches Projekt, die Belt and Road Initiative (BRI) - nach der Parteiverfassung nun auch im neuen Fünf-Jahres-Plan festgehalten - soll Chinas Wachstum stärken und Prestige für die Parteiführung schaffen. Die BRI steht nur zum Teil für große Infrastrukturprojekte und lukrative Aufträge für chinesische Staatsunternehmen. China will mit der BRI auch Märkte für seine Exporteure und Investoren öffnen und sichern. Dieses Bemühen ist prominent repräsentiert durch Abkommen wie dem „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP) in Asien, und dem „Comprehensive Agreement on Investment“ (CAI) mit der EU. Ein dritter Aspekt ist Prestige. Mit der BRI will sich China als Anbieter globaler öffentlicher Güter vermarkten, sich ins Zentrum regionaler Kooperationsplattformen mit Entwicklungsländern stellen und Staaten weltweit überzeugen (schriftlich und auf großen Gipfeln), ihre Unterstützung für Chinas Außenpolitik zu erklären.

Global Governance – Reform und Einfluss

Der chinesische Präsident erklärte bereits 2017 (Quartz 2017), dass China nun sowohl bei der Reform der internationalen Ordnung als auch bei der Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit nicht nur „beitragen“, sondern „führen“ solle. Der neue Fünf-Jahres-Plan legt dabei einen Schwerpunkt auf den Bereich Handel, wo die WTO gestützt und von innen reformiert werden soll, wobei China gleichzeitig neue Freihandelsabkommen anstrebt (als nächstes v.a. eines mit Japan und Korea). Zweitens sollen multilaterale Finanzinstitutionen reformiert und parallel mit der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank und der Neuen Entwicklungsbank der BRICS neue Geber positioniert werden. Drittens reagiert China auf die Pandemie, will bei der Pandemieprävention und -bekämpfung eine aktivere Rolle einnehmen und eine „Gesundheitsgemeinschaft“ bilden, ohne dies allerdings näher auszuführen. Hierbei geht es wohl darum Prestige und Einfluss zu gewinnen, durch Chinas zentrale Rolle in der Herstellung von Medizinprodukten und die Bereitschaft, diese an politisch Wohlgesinnte zu verschenken. Gleichzeitig soll in der WHO, wie generell in den VN, Chinas Einfluss kultiviert werden.

Sicherheitspolitik – Modernisierung und neue Horizonte

In Chinas Weißbuch zur Verteidigungspolitik 2019 fand sich, neben der Herausforderung USA und dem Fokus Nachbarschaft, ein zusätzlicher Schwerpunkt im „Schutz von Chinas Überseeinteressen“ (State Council 2019b). Zum 100-jährigen Bestehen der „Volksbefreiungsarmee“, soll 2027 die Modernisierung des Militärs abgeschlossen sein. Die neuen militärischen Kapazitäten sollen ein globales Operationsfeld ermöglichen. Regional geht es dabei oftmals um die MENA Region – chinesische Bürger und wirtschaftliche Interessen waren dort wiederholt gefährdet – und thematisch etwa um den Schutz von maritimen Kommunikationswegen (inkl. Anti-Piraterie-Einsatz vor Somalia), Evakuierungen (Beispiel Jemen 2015),

und die erste Überseebasis in Dschibuti (in Betrieb seit 2017).

2) Offensive Interessenwahrung – Wie verfolgt China seine Prioritäten?

Über die verschiedenen Politikfelder hinweg zeigt sich ein China, das generell dort, wo es Kritik oder Schwierigkeiten gibt, noch stärker in die Offensive geht. Beijing mag seinen Zugang adaptieren – oder nur die entsprechende Propaganda – aber es weicht jedenfalls nicht zurück. Zu Anfang der COVID-19-Pandemie wurde China vorgeworfen, zu langsam reagiert und warnende Stimmen mundtot gemacht zu haben. Statt Defensive und Rückzug aus internationalen Foren, startete Beijing daraufhin eine überaus aktive Masken- und Impfdiplomatie, um vom „Verursacher“ zum „Retter“ zu werden und zum zentralen Anbieter globaler öffentlicher Güter. Bei der BRI wurde so gleich die „Gesundheits-Seidenstraße“ in den Vordergrund gestellt, auch im neuen Fünf-Jahres-Plan, und unterstrichen, wie viele dutzend Staaten bereits chinesische Impfstoffe erhalten haben. Innerhalb der WHO setzt China auf weiter ausgebauten Einfluss. Zwischenzeitlich wurde dabei auch der Rückzug der USA ausgenutzt.

Vielfach wird China von anderen Staaten für angeblich gravierende Verletzungen internationaler Normen kritisiert. Als Reaktion darauf gesteht China weder irgendein Fehlverhalten ein, noch zieht es sich zurück. Stattdessen präsentiert sich China auf der internationalen Bühne als die tragende Säule des Multilateralismus (Wang 2021), und Verteidigerin der Vereinten Nationen (VN) und der WTO gegen Unterminierung durch die USA. Hierbei unterstreicht Beijing die Bedeutung der Anzahl an Staaten die seine Politiken (als völkerrechtskonform), auch mit Unterstützer-Briefen an VN-Gremien, explizit unterstützen. Nachdem etwa 2019 22 Staaten einen Brief an den VN-Menschenrechtsrat verfassten, in dem sie dazu aufriefen, China müsse sein Arbeitslagerprogramm für Uiguren in Xinjiang beenden, verfassten 37 Staaten einen Antwortbrief, der Chinas Regierung verteidigt (The Diplomat 2019). Generell

setzt China darauf, den Einfluss innerhalb internationaler Organisationen auszubauen. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass China, sowie die USA unter Präsident Trump, die WHO oder andere internationale Organisationen, aus Protest verlässt. Stattdessen nutzte man in der Vergangenheit oftmals die Absenz oder Blockadehaltung der USA aus. Nachdem die USA etwa das oberste Streitbeilegungsgremium in der WTO, den Appellate Body, handlungsunfähig machten, schuf China, mit der EU und anderen Partnern, einen temporären Ersatzmechanismus.

Auch für seine Außenwirtschaftspolitik in Form der Belt and Road Initiative wurde China vieles vorgeworfen: bei großen Infrastrukturprojekten würden chinesische statt lokaler Arbeiter eingesetzt, China verschmutze die Umwelt durch die Finanzierung von Kohlekraftwerken und China locke Entwicklungsländer durch wirtschaftlich nicht sinnvolle Kredite in Schuldenfallen, um dann politische Zugeständnisse zu erwirken oder sich kritische Infrastruktur selbst anzueignen. Statt die BRI fallen zu lassen betont China nun die soziale, ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit und die hohen Qualitätsstandards der intendierten Projekte und vermarktet die BRI selbst als globales öffentliches Gut (State Council 2021b). Unter den durch COVID reduzierten chinesischen Auslandsinvestments, nimmt die BRI einen immer größeren Anteil ein (Scissors 2020). Zusätzlich positioniert sich China mit einem neuen Weißbuch, das die Belt and Road Initiative als „zentrale Plattform für Entwicklungszusammenarbeit“ beschreibt, gleichzeitig an der Spitze der Entwicklungspolitik (State Council 2021b).

Durch seinen militärischen Aufstieg sowie den Bau künstlicher Inseln und die Missachtung eines Schiedsurteils zum Südchinesischen Meer, hat China in der Region und darüber hinaus Besorgnis ausgelöst. Dennoch setzt China weiterhin auf den massiven Ausbau seiner Marine – bereits mit mehr Schiffen als die US-Marine und bald mit einem dritten Flugzeugträger – sucht Taiwan mit

amphibischen Übungen und Überflügen einzuschüchtern, droht Vietnam bei Ölexploration in umstrittenen Gebieten mit Militärschlägen und scheint gerade eine weitere Sandbank in der Nähe der Philippinen zu besetzen (Martinson und Erickson 2021).

Generell ist die chinesische Führung überzeugt, ihre „globale Diskursmacht“ ausbauen zu müssen, also die Fähigkeit die internationale öffentliche Meinung bestimmend zu beeinflussen, sowie die Agenda in internationalen Foren zu bestimmen. Ziel ist, dass China dann nicht weiter international kritisiert wird und die Führungsrolle der Partei damit nicht in Frage gestellt und bewahrt wird (van de Ven 2020). Demnach gilt es als Reaktion auf Probleme nicht nur offensiver zu handeln, sondern auch zu erzählen, denn ausländische Erzählungen – sprich internationale Medien und diplomatische Statements westlicher Staaten – seien explizit darauf aus, China klein zu halten. Dementsprechend sollen unter anderem „vertrauenswürdige“ Medien gefördert werden, vor allem die eigenen Auslandsmedien und internationale Medien, die Partnerschaftsabkommen mit Chinas Parteistaatsmedien eingehen. Überdies sollen chinesische Diplomaten auch auf (in China verbotenen) westlichen sozialen Medien offensiv Beijings Positionen verteidigen.

3) Sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa – Wie betrifft uns Chinas Außenpolitik?

Die EU wird durch den globalen Machtzuwachs eines autoritären China herausgefordert, das weltweit und bis in die EU-Nachbarschaft „chinesische Lösungen“ propagiert – d.h. letztlich das chinesische wirtschaftliche und politische System – die denen westlicher Demokratien überlegen seien. China präsentiert sich demnach als Alternative zu westlichen Demokratien und tritt damit in Systemkonkurrenz. Sowohl die Erweiterung als auch die Geschlossenheit von EU und NATO könnten dadurch beeinträchtigt werden – etwa mit Blick auf Serbien und Ungarn.

Im Rahmen der Belt and Road Initiative investieren chinesische Staatsunternehmen gezielt auch in europäische kritische Infrastruktur, von Häfen über Stromnetzbetreiber bis zu 5G Telekommunikation. Dabei entstehen potenzielle Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten. China konnte auch bereits (die Hoffnung auf) Investments nutzen, um europäische Positionen zu China zu blockieren oder zu verwässern, die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU demnach zu unterlaufen (z.B. zum Südchinesischen Meer). Unterdessen klagte der EU-Beitrittskandidat und NATO-Staat Montenegro bereits einen enormen Belt and Road-Kredit für ein zweifelhaftes Autobahn-Projekt nicht zurückzahlen zu können, und musste bei westlichen Finanzinstitutionen um eine überbrückende Finanzierung ansuchen (FT 2021; SCMP 2021). Hätte die entsprechende Refinanzierung nicht funktioniert, wäre Montenegro politischen Forderungen Beijings gegenüber überaus verwundbar gewesen.

Die immer engeren Beziehungen zwischen einem aufgerüsteten chinesischen und dem russischen Militär könnten Moskau (noch) selbstbewusster gegen Westen und Süden operieren lassen. Gemeinsame Übungen fanden bereits in Mittelmeer und Ostsee statt, hatten immer größeren Umfang – siehe die riesigen Vostok-2018 Manöver (Carlson 2018) – und umfassten verschiedenste Waffengattungen (inkl. Raketenabwehr) (Weitz 2021). China, das nun moderne Waffen aber keine Praxis hat, ist dabei vor allem daran interessiert, von Russlands militärischer Modernisierung (Singh 2020) sowie seinen Erfahrungen in der Ukraine und Syrien, zu lernen. Nach langem Zögern war Russland auch bereit, seine modernsten Waffensysteme an China zu verkaufen (z.B. S-400 und SU-35). Die globale Sicherheit wäre überdies untergraben, käme es zu einer tatsächlichen Eskalation zwischen den Nuklearmächten China und Indien oder China und den USA (um Taiwan).

Das Bedürfnis der chinesischen Führung, Debatten auch im Ausland zu lenken, führt zu Desinformationskampagnen, die auch Europa betreffen.

Gerade in der COVID-Krise haben chinesische Medien verbreitet, westliche Impfstoffe seien nicht sicher (Politico 2021), die EU und ihre Mitgliedstaaten hätten dem Westbalkan keine solidarische Hilfe geleistet und der Ursprung der Pandemie sei noch nicht nachweisbar (aber möglicherweise in den USA). Hierbei ging es stets darum, die Legitimität der Parteiführung zu stärken. Nach anfänglicher Kritik im In- und Ausland wollte man sich als in der Pandemiebekämpfung erfolgreichsten und international solidarischsten Akteur darstellen. Potenziell wird hiermit in Europa Zwietracht gesät und international Sicherheit im Bereich Gesundheit gefährdet.

Gleichzeitig ergeben sich vielfach Optionen zur Zusammenarbeit mit dem an Macht und Möglichkeiten aufgestiegenen China. Erstens im Bereich Klimasicherheit und Governance, wo China als größter Schadstoffemitter aber auch größter Produzent erneuerbarer Energie Verantwortung übernehmen, 2030 den Höhepunkt der Emissionen erreichen und 2060 klimaneutral sein will. Zweitens können die Belt and Road Investitionen die Energiesicherheit der EU stärken, wenn sie in erneuerbare Energien fließen oder Energieimporte diversifizieren helfen – wie bei der Förderung der Transanatolischen Gaspipeline durch die China-dominierte Asiatische Infrastrukturinvestmentbank. Drittens kann ein global operierendes chinesisches Militär – wie bereits jetzt der Fall – immer wieder Partner bei Anti-Piraterie, Evakuierungen und humanitären Einsätzen sein.

4) Policy Empfehlungen – Wie sollen wir auf Chinas Außenpolitik reagieren?

Mit ihrem Positionspaper „EU-China – A strategic outlook“ hat die Europäische Kommission bereits 2019 festgehalten, dass China gleichzeitig als „Verhandlungspartner“, „wirtschaftlicher Konkurrent“ und „systemischer Rivale“ aufgefasst werden muss (Europäische Kommission 2019). Ein interner Fortschrittsbericht 2021 sieht dabei eine „noch herausforderndere“ Lage entstehen. Jedenfalls muss, auch mit Blick auf die Analysen

in diesem Policy Brief, weiterhin in dieser Komplexität umsichtig auf China reagiert werden.

- Zunächst sollten europäische Regierungen Expertise zu China im universitären und außer-universitären Bereich durch eine erhebliche Mittelerhöhung umfassend stärken. Grundlegende Forschung zu China, die sich auf Chinesisch-sprachige öffentlich zugängliche Quellen stützt, erlaubt enorm wichtige Zugänge zum Denken der chinesischen Führung sowie einflussreicher chinesischer Eliten.
- Sodann sollten die EU, NATO und Mitgliedstaaten klar kommunizieren, dass die eigenen Schritte rein defensiv sind sowie Dialog und Kooperation suchen, vor allem bei Klimasicherheit, Pandemieprävention, und Abrüstung. Gemeinsam sollten ambitioniertere kurzfristige Ziele gesetzt werden, um Emissionen in Einklang mit dem Übereinkommen von Paris zu bringen. Beide Seiten sollten finanzielle Zusagen im Bereich globale Gesundheit erhöhen, etwa für die COVAX-Initiative, die Entwicklungsländern Zugang zu COVID-Impfungen erleichtert. Vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Militärs sollten durch Zusammenarbeit bei UN-Missionen, Anti-Piraterie und humanitären Einsätzen gesetzt werden.
- Mit der Konkurrenz durch das chinesische System konfrontiert sollte die EU im Inneren an Kohärenz arbeiten und in der Nachbarschaft wirtschaftlich noch attraktivere Angebote machen. Nord-Süd und Ost-West Gräben innerhalb der EU – sprich solche mit Griechenland und Ungarn – müssen überwunden werden, um noch stärker mit einer Stimme zu sprechen und eine insgesamt effektivere

China-Politik zu erzielen. Finanzierungsinstrumente für die Nachbarschaft sollten aufgestockt (sowie besser vermarktet) werden, um (potenziellen) Kandidaten eine Alternative zur Abhängigkeit von China zu geben und Bevölkerungen von der größeren Attraktivität des europäischen Systems zu überzeugen. Glaubwürdige Schritte in Richtung EU-Beitritt wären für die Position der EU am Westbalkan besonders wichtig.

- Jene EU-Mitgliedstaaten, die noch keinen Screening-Mechanismus für Investments in kritische Infrastruktur und Technologien eingerichtet haben – vor allem durch Staatsunternehmen aus Nicht-EU-Staaten – sollten dies nachholen, um Verwundbarkeiten zu vermeiden. Alle Mitgliedsstaaten sollten dabei Chinas umfassende Strategie der zivil-militärischen Fusion im Auge behalten, wenn Investitionen im High-Tech Bereich geprüft werden. Um faire Marktbedingungen zu erhalten, sollten auch die Kommissionsvorschläge zu Maßnahmen gegen Subventionen durch Nicht-EU-Staaten sowie ein internationales Beschaffungsinstrument (IPI), angenommen werden. Beide Instrumente erlauben es, Unternehmen aus Drittstaaten (in denen EU-Unternehmen diskriminiert werden) bei Unternehmenskäufen oder der Bewerbung um öffentliche Aufträge Ausgleichszahlungen aufzuerlegen.
- EU, NATO und Mitgliedsstaaten sollten gegenüber Beijing klar kommunizieren, dass sowohl die vertieften Beziehungen mit dem russischen Militär als auch die zunehmende Gefahr einer Eskalation im Himalaya oder über die Taiwan-Straße mit Sorge betrachtet werden. China sollte

regelmäßig diplomatisch erläutert werden, dass europäische Sicherheitsinteressen betroffen sind und die bilateralen Beziehungen Schaden nehmen könnten. Bei einer verstärkten Bedrohungslage könnte eine noch nähere Zusammenarbeit mit den USA und anderen gleichgesinnten Partnern auch in Asien die Folge sein.

- Schließlich sollten die EU und europäische Regierungen unabhängige Medien, Medien-kompetenz und Initiativen zur Bekämpfung von Desinformation, wie

„EU vs Disinfo“, stärker fördern. Transparenz ist wichtig, wenn lokale Medien Einlagen chinesischer Parteistaatsmedien im gleichen Layout drucken. Eine Reaktion ist gefragt, wenn auf Facebook chinesische Parteistaatsmedien oft die am meisten aufgerufenen Nachrichtenseiten sind. Nationale Koordinationsstellen für „EU vs Disinfo“ sollten eingerichtet und Informationen und Best Practices untereinander stärker geteilt werden. Gerade die COVID-Pandemie hat gezeigt, dass in diesem Bereich Resilienz aufgebaut werden muss.

Literatur

BBC. (2020, Juni 16). *India-China clash: 20 Indian troops killed in Ladakh fighting*. <https://www.bbc.com/news/world-asia-53061476>

Carlson, B. (2018, November 1). *Vostok-2018: Another Sign of Strengthening Russia-China Ties*. SWP. <https://www.swp-berlin.org/en/publication/vostok-2018-another-sign-of-strengthening-russia-china-ties>

Doshi, R. (2019, Januar 22). *Hu's to blame for China's foreign assertiveness?* Brookings Institution. <https://www.brookings.edu/articles/hus-to-blame-for-chinas-foreign-assertiveness/>

Europäische Kommission (2019, März 12). *EU-China – A strategic outlook*. <https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>

FT. (2019, Mai 27). *Today's China will never be a superpower*. <https://www.ft.com/content/233b101e-7d51-11e9-81d2-f785092ab560>

FT. (2021, April 11). *Montenegro calls for EU help over \$1bn Chinese highway loan*. <https://www.ft.com/content/3dd7a516-5352-4f48-bfac-236e43b2342d>

Hilpert, H. G. und Stanzel, A. (2021, Januar 7). *China – Winning the Pandemic... for Now – The People's Republic Is Exuding Strength, But Can They Keep It Up?* SWP. <https://www.swp-berlin.org/en/publication/china-winning-the-pandemic-for-now/>

Martinson, R. D. und Erickson A (2021, April 19). *Manila's images are revealing the secrets of China's maritime militia*. Foreign Policy, <https://foreignpolicy.com/2021/04/19/manilas-images-are-revealing-the-secrets-of-chinas-maritime-militia/>

New York Times. (2020a, Dezember 14). *China's Combative Nationalists See a World Turning Their Way*. <https://www.nytimes.com/2020/12/14/world/asia/china-nationalists-covid.html>

New York Times. (2020b, November 27). *Beijing Takes Its South China Sea Strategy to the Himalayas*. <https://www.nytimes.com/2020/11/27/world/asia/china-bhutan-india-border.html>

Politico. (2021, Januar 28). *What China's vax trolling adds up to*, <https://www.politico.com/newsletters/global-pulse/2021/01/28/what-chinas-vax-trolling-adds-up-to-491548>

Quartz. (2017, Februar 22). *Chinese president Xi Jinping has vowed to lead the „new world order“*. <https://qz.com/916382/chinese-president-xi-jinping-has-vowed-to-lead-the-new-world-order/>

Schmidt, D. und Heilmann, S. (2012). *Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China*. Springer.

Scissors, D. (2020, Juli 16). *China's global investment vanishes under COVID-19*. AEI. <https://www.aei.org/research-products/report/chinas-global-investment-vanishes-under-covid-19/>

SCMP (2021, Juli 11). *Montenegro reaches deal with Western banks to restructure Chinese debt*. <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3140602/montenegro-reaches-deal-western-banks-restructure-chinese-debt>

Singh, M. (2020, September 23). *Learning from Russia: How China used Russian models and experiences to modernize the PLA*. MERICS. <https://merics.org/en/report/learning-russia-how-china-used-russian-models-and-experiences-modernize-pla>

State Council. (2019a, September 27). *China and the World in the New Era*. http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/201909/27/content_WS5d8d80f9c6d0bcf8c4c142ef.html

State Council. (2019b, Juli 24). *China's National Defense in the New Era*. http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/201907/24/content_WS5d3941ddc6d08408f502283d.html

State Council. (2021a, März 13). *14. Fünf-Jahres-Plan zur nationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Volksrepublik China und Übersicht zu langfristigen Zielen bis 2035* [Chinesisch]. http://www.gov.cn/xinwen/2021-03/13/content_5592681.htm

State Council. (2021b, Januar 10). *China's International Development Cooperation in the New Era*. http://english.www.gov.cn/archive/whitepaper/202101/10/content_WS5ffa6bbbc6d0f72576943922.html

The Diplomat. (2019, Juli 15). *Which Countries Are For or Against China's Xinjiang Policies?* <https://thediplomat.com/2019/07/which-countries-are-for-or-against-chinas-xinjiang-policies/>

van de Ven, J. (2020, August 5). *Searching for China's international discourse power*. Institut Montaigne. <https://www.institutmontaigne.org/en/blog/china-trends-6-searching-chinas-international-discourse-power>

Wang, Y. (2021, Mai 8). *Let us unite and put true multilateralism into practice*. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1874347.shtml

Weitz, R. (2021, Juli 9). *Assessing Chinese-Russian Military Exercises: Past Progress and Future Trends*. <https://www.csis.org/analysis/assessing-chinese-russian-military-exercises-past-progress-and-future-trends>